



ANTIBERLINER

Kampfblatt für grenzenlose Freundschaft // Nr. 16 // Februar/März 2008

2 FEINDE I. Mit Falschmeldungen hat die Polizei zum G8 versucht, ein neues Feindbild zu kreieren

4 FEINDE II. Zur gesellschaftlichen Konstruktion von Feindbildern und deren Funktionen

7 FEINDE III. Von Berliner Staatsschützern, Justizbeamten und lügenden Neonazis



■ In eigener Sache



Der Anti-berliner ist eine Zeitung für linke Politik

und Kultur, die alle zwei bis drei Monate erscheint und kostenlos in Berlin verteilt wird. Oft werden wir verständnislos nach unserem Namen gefragt und was wir denn gegen die Berliner hätten. Dabei leben wir sogar sehr gern in Berlin. Ihren Namen hat die Zeitung vom ehemaligen Berliner CDU-Bürgermeister Eberhard Diepgen, der die Kreuzberger als »Antiberliner« brandmarkte, nachdem sie am 1. Mai 1987 nachdrücklich darauf bestanden hatten, den Tag der Arbeit ohne Polizei zu feiern. Ein Ehrentitel also für anständige Berliner ...

■ Impressum:

- V.i.S.d.P.: E. Diepgen, Fasanenweg 30, 10123 Berlin
- Redaktionskontakt: antiberliner@web.de www.antiberliner.de
- Produced by: Antifaschistische Linke Berlin
- Namentlich gekennzeichnete Artikel spiegeln nicht unbedingt die Position des Redaktionskollektivs wider



»Die Polizei betrieb Desinformationspolitik«

Mit dem G8-Gipfel im Juni 2007 in Heiligendamm verknüpfen die Meisten den immensen Polizeieinsatz vor Ort, den 13 Kilometer langen Hochsicherheitszaun und die vielfältigen Proteste gegen das Treffen.

Der Antiberliner sprach mit dem Berliner Anwalt Peer Stolle, der selbst vor Ort aktiv war und sich seit Jahren beim RAV engagiert.

In diesen Tagen ist das Vorgehen der Polizei gegenüber Gegnern des G8-Treffens in Heiligendamm wieder präsent. Anlass dafür ist der Beschluss des Bundesgerichtshofes (BGH), welcher die Razzien im Vorfeld des G8-Treffens als unrechtmäßig erklärt. Wie ist dieser Beschluss einzuschätzen?

Der Beschluss ist eine weitere Ohrfeige für die Bundesanwaltschaft (BAW). Zum fünften Mal in Folge werden Anti-Terror-Maßnahmen für rechtswidrig erklärt. Der BGH hat deutlich gemacht, dass die BAW überhaupt nicht zuständig gewesen ist, da es an einem Tatverdacht auf Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung gefehlt hat. Der Paragraph 129 (kriminelle Vereinigung) alleine könne die Zuständigkeit nicht begründen. Darüber hinaus hat der BGH deutlich gemacht, dass er nach dem bisherigen Ermittlungsergebnis keinerlei tatsächliche Anhaltspunkte sieht, dass es sich bei der »militanten Kampagne« überhaupt um eine Vereinigung im Sinne des Paragraph

129 StGB handelt. Das gesamte Konstrukt, das von BAW, BKA und auch vom Bundesamt für Verfassungsschutz zusammengestellt wurde, ist in sich zusammengefallen.



Peer Stolle vom Republikanischen Anwaltsverein (RAV)

Euer Buch heißt »Feindbild Demonstrant«. Wodurch zeichnet sich dieses Feindbild deiner Meinung nach aus?

Feindbilder dienen vor allem dazu, bestimmte Personen(-gruppen) auszuschließen, indem sie mit dem Stigma eines »Feindes« versehen werden. Darüber hinaus haben sie den Zweck, eine Solidarisierung der Bevölkerung mit demjenigen, der das Feindbild produziert – in diesem Fall der Staat – zu erreichen. Die betroffenen Personen sollen also nicht nur als »Feinde des Staates«, sondern als »Feinde der Gesellschaft« angesehen werden. Erst dann können außerordentliche und zum Teil auch extra-

bild Demonstrant. Polizeigewalt, Militäreinsatz, Medienmanipulation. Der G8-Gipfel aus Sicht des Anwaltlichen Notdienstes« (Assoziation A) wird eine erste Bilanz der Gipfeltage und ihrer rechtlichen Konsequenzen gezogen.

legale Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung legitimiert werden.

In eurem Buch sprecht ihr von Medienmanipulation, die im Rahmen des G8 stattgefunden hat. Woran ist diese festzumachen?

Die polizeiliche Einsatzleitung Kavala hat vor, während und nach dem Gipfel eigene Pressearbeit gemacht und damit eine Desinformationspolitik betrieben.

Mit den eindeutigen Falschmeldungen, die von Kavala herausgegeben wurden – Säureattacke durch die Clowns-Army, Molotowcocktails bei den Blockaden, Anzahl der schwerverletzten Polizisten etc. – wurde aber nicht nur in der Öffentlichkeit versucht, das oben beschriebene Feindbild zu bestätigen. Diese Meldungen flossen auch in gerichtliche Entscheidungen mit ein, bspw. in die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Sternmarschverbot oder in Gewahrsamsbeschlüsse des Amtsgerichts Rostock. Mit dieser Form der Pressearbeit wurde das Handeln der Judikative gelenkt.

Wo siehst du die konkreten Problemlagen der polizeilichen und rechtlichen Maßnahmen, die im Rahmen des G8-Gipfels stattgefunden haben?



G8, Polizei: Angst vor der Clowns-Army?

Neu am polizeilichen Einsatz war der Aufbau einer mit weitreichenden Befugnissen ausgestatteten Sonderpolizeibehörde, die sich jeglicher rechtlicher und politischer Kontrolle entziehen konnte, der Einsatz von militärischem Gerät und die Etablierung von Sonderrechtszonen. Rechtliche Vorgaben oder Bindungen existierten nicht mehr. *Eure Arbeit in Heiligendamm wurde Ende des Jahres durch den Preis »pro reo« der AG Strafrecht des Deutschen Anwaltsvereins und durch die Carl-von-Ossietzky-Me-*

daille der Internationalen Liga für Menschenrechte ausgezeichnet. Welche realen Interventionsmöglichkeiten hattet ihr vor Ort?

Wir waren mit mehr als 100 Kollegen vor Ort. Von vielen habe ich gehört, dass sie das kollektive und solidarische Zusammenarbeiten als sehr positive und aufbauende Erfahrung ansehen. Wir wurden von vielen Seiten unterstützt. Natürlich wurden wir in unserer eigentlichen Arbeit auch massiv behindert. Wenn man mit 15 Kollegen vor der Gefangensammelstelle

(GeSa) steht und genau weiß, dass dort über 100 Personen festgehalten werden und man nicht reinkommt, dann ist das schon frustrierend. Aber insgesamt würde ich das alles schon als positive Erfahrung werten.

Welche Bilanz ziehst du heute?

Der Gipfel hat gezeigt, dass der Schwerpunkt der polizeilichen Einsatzstrategie darauf beruht, Menschen von der Wahrnehmung ihrer Grundrechte abzuhalten, bzw. sie an deren Ausübung zu hindern. Auf diese präventive Strategie muss sich eingestellt werden – durch eine professionelle Öffentlichkeitsarbeit, mit der die Produktion von Feindbildern durchkreuzt werden kann, durch eine selbstbewusste Protestbewegung, die sich immer wieder neu ihre Rechte erkämpft und durch anwaltliche Arbeit, die aktiv ist und nicht erst eingreift, wenn es schon zu spät ist.

■ Einhundert I



Am 12. Januar 2008 wäre die deutsch-brasilianische Kommunistin und Internationalistin Olga Benario 100 Jahre alt geworden.

Ihr Weg als Revolutionärin führte sie von Berlin-Neukölln über Prag, Moskau, Paris, London nach Rio de Janeiro, wo sie an einem Aufstand beteiligt war. In Brasilien wurde sie verhaftet, nach Deutschland ausgeliefert und erlebte die Qualen mehrerer Konzentrationslager. Im April 1942 wurde sie in der NS-Tötungsanstalt Bernburg vergast.



Tante Käthe plaudert aus dem Nähkästchen

»Zehn Minuten im Leben von Komissar Kurt Korozke«

Die 45er in der Hand der Zielperson rülpste und die Kugel schlug wie eine fette Hummel im Dienst-BMW ein. Blitzschnell schlug Korozke einen Salto und erwiderte im Flug das Feuer. Ehe er aufkam, war der Kerl schon in der Gangsterhölle gelandet, wo er hingehörte ...

»Korozke! Korozke! Melden!« Scheiße, Korozke hatte sich in seinem zugigen Opel Astra gerade so schön weggeträumt von Neukölln ... und nun die nöhlende Stellvertretende: **»Klebekolonnie in der Friedelstraße. Mach mal zügig hin!«** Er hatte sich was von der Versetzung zum LKA erhofft.

Das war doch Absicht. Dabei hatte er letztes Jahr son paar Scheiß-Plakatierer fast gehabt, wenn nicht dieser glitschige Riesenhundescheißhaufen in der Reichenberger gewesen wäre. Nach dem Sturz in die Baumscheibe tat ihm alles weh. Schlimmer noch als die Zerrung nach der Liebknecht-Luxemburg-Demo, als ihn der Einsatzleiter von der 23. übere Haufen gerannt hatte, **»Damit du als Zivilkraft echter wirktest«**. Blöder Penner.

Korozkes Astra holperte übers Pflaster. Ah! Da!

Zwei Kapuzenpullis und ein Kleistereimer, Ecke Sander. Korozke nahm Witterung auf. »Solidarität mit ...«. Egal, Zecken, denkt sich Korozke. Sein Plan war einfach, aber genial: Gas geben, direkt auf den Gehweg, vor den Beiden aus dem Auto springen. **»Halt! Stehenbleiben! Polizei!«** brüllen und fertig. Ha! Korozke gab Vollgas, der Astra sprang auf den Gehweg. Allerdings eher teilweise. Die Vorderachse blieb auf der Straße, vor dem Bordstein. Die beiden Kapuzis guckten ungläubig. Und jetzt pinkelte auch noch ein Kampfhund an den Kotflügel.

Korozke überlegte angestrengt, in welche weit entfernte Dienststelle er sich versetzen lassen könnte ...

In der 2. Folge: Korozke macht weiter

Von der PMS hatte sich Korozke eh nicht viel versprochen. Aber mit weissblond gefärbten Haaren und Schweissfuß-Turnschuhen im VW-Bus ohne Standheizung ... Echt Scheisse. Die vom BKA saßen vor Monitoren im Warmen und guckten, was ihre Minikameras so einfingen. Die hatten ja auch Abitur.

■ Einhundert II



Als »Tochter aus gutem Hause« wurde Simone de Beauvoir

vor 100 Jahren, am 9. Januar 1908, geboren. Im so betitelten ersten Teil ihrer Autobiografie beschreibt sie ihr Aufwachsen innerhalb der französischen Bourgeoisie, deren Grundfeste sie mit ihrer analytischen Arbeit später so nachhaltig erschüttern sollte. Mit ihrem einflussreichsten Werk **»Das andere Geschlecht«** begründete sie den modernen Feminismus.

Allgegenwärtige Gefahr? Zur Konjunktur von Feindbildern

Nach dem Schock des 11. September 2001 brachen Hysterie und Panik hinsichtlich einer »neuen Bedrohung« auch in Deutschland aus. Massenmedien wie auch Politiker griffen die Angst der Bevölkerung auf, forcierten diese regelrecht und waren aktiv an der Reaktivierung und Etablierung eines »neuen« alten Feindbildes beteiligt. Ohne große Differenzierungen vorzunehmen, wurden »Muslime« schnell unter einen Generalverdacht gestellt. In der Folge konnten sicherheits- und kriegspolitische Entscheidungen getroffen und umgesetzt werden, die in diesem Maße ohne den Schock des Ereignisses, ein diffuses Bedrohungsszenario und die Konstruktion von einem Feindbild nicht möglich gewesen wären

Immer noch allgegenwärtig ist der Diskurs um die abstrakte Gefahr und die ebenso abstrakten Feinde. Die Menschen fühlen sich verunsichert und leben in einem mal mehr, mal weniger bewusst erlebten Angstzustand. In einem solchen gesellschaftlichen Angstklima entstehen leicht weitere Bedrohungsszenarien und Feindbilder, die wiederum neue repressive Maßnahmen legitimieren.

Das »Feindbild« wurde im Rahmen der kritischen Friedens- und Konfliktforschung als zentrales Element des Abschreckungssystems herausgearbeitet und seine Bedeutung zur Rechtfertigung von Sicherheits- und Militärstrategien hervorgehoben. Bei Feindbildern handelt es sich um sehr negative, stereotype, hochemotionale und veränderungsresistente Vorurteile gegenüber Personengruppen, Ländern, Ideologien oder Religionen. Sie legen unter Umständen sogar die Vernichtung des Feindes nahe. Einige Feindbilder existieren bereits seit Jahrhunderten, wie das Feindbild Islam, welches im Mittelalter entstanden ist. Trotz einzelner Veränderungen scheint vor allem ein Aspekt Bestand zu haben: »Der« Islam sei per se gewalttätig und stelle daher eine ernste Bedrohung dar.

Das absolut negative Andere

Feindbilder erfüllen eine Vielzahl von Funktionen. Für das einzelne Individuum bieten sie in erster Linie Stabilisierung durch eigene Aufwertung und ermöglichen eine gesellschaftspolitische Orientierung durch die Reduktion sozialer Komplexität.

Eine Aufwertungsfunktion für die Eigengruppe und somit für das Individuum selbst erfolgt durch das »dichotome« Schema der positiven und negativen Zuschrei-

bungen. Während die Eigengruppe sich selbst als überzogen positiv darstellt, wird die Feindgruppe als negativer Gegenpol gezeichnet. Der absolut negative Blick auf den Feind ist ein wichtigstes Spezifika, daß dem Feindbild innewohnt.

Dabei erscheint der Feind als ausgesprochen »monolithisch«, d. h. er wird als uniformes, geschlossenes Ganzes begriffen. Mögliche Meinungsunterschiede, die in der konstruierten Feindbildgruppe real existieren, werden ausgeblendet.

Durch die Annahme des monolithischen Gegners wird das subjektive Bedrohungsgefühl weiter bekräftigt: Der Gegner erscheint dadurch größer, zentralistisch organisierter in seinen Entscheidungsstrukturen und geschlossener im Auftreten. Ganz eng damit

verbunden ist das »Worst-Case-Denken«, d. h. der gegnerischen Seite wird unterstellt, dass sie zu maxi-

malen Nutzen strebt, was für

die eigene Seite den maximalen Schaden bedeutet. Es

wird davon ausgegangen,

dass es in der Natur des Fein-

des liegt, dass dieser aggressi-

ve Absichten zu »meinem« Scha-

den hegt, somit erscheint eine Worst-

Case-Überlegung als gerechtfertigt.

Während von der als Feind angese-

henen Gruppe die vermeintliche

Bedrohung und Gefahr ausgeht,

vermittelt die Eigengruppe Schutz

und Geborgenheit.

Weiter bieten Feindbilder ge-

ellschaftsschaftspolitische Ori-

entierungen an. Menschen sind

ständig gezwungen Bewertun-

gen von Ereignissen vorzu-

nehmen, um Entscheidungen

treffen zu können. Diese Ereignis-

se können komplex sein, wenn der In-

formationsgehalt sehr hoch ist, so dass



Demokratie und Menschen-
rechte á la Abu Grahib



es notwendig ist, diese Komplexität zu reduzieren und Wichtiges von Unwichtigen zu trennen. Hinsichtlich der enormen Komplexität internationaler Konflikte und Politik findet hier in besonderem Maße eine Reduktion der bestehenden Komplexität statt: Es wird häufig zu einfachen Beurteilungsschemata gegriffen und daher bieten Feindbilder gerade hier simple Orientierungsfunktionen an.

Diskursive Produktion von Feindbildern

Der Existenz kollektiver Feindbilder liegen soziale Kommunikationsprozesse zugrunde, sprich die Produktion von Feindbildern findet vor allem diskursiv statt. Gesellschaftliche Diskurse werden in erster Linie medial geprägt, dass heißt, sie finden in allen modernen Kommunikationsmedien statt. Hier wirken insbesondere gesellschaftliche Eliten, die durch ihren Status in der Gesellschaft gehört werden. Platt gesagt, Feindbilder werden meist »von oben« produziert und »von unten« rezipiert und weiter forciert. Die sich überschlagende mediale Darstellung nach dem 11. September 2001 war insbesondere gekennzeichnet durch eine »dichotome und monolithische« Wahrnehmung zwischen der »zivilisierten Welt« und der »Achse des Bösen«. »Der« Westen vereinte auf sich universale Werte wie Demokratie, Menschenrechte und Säkularismus, wohingegen in »der« östlichen Welt ausschließlich Gottesherrschaft und islamische Rechtsordnung bestimmend seien. Die Bedeutung der Menschenrechte ist spätestens mit Guantánamo und Abu Ghraib hinfällig. Weiter wurde ein »worst-case Szenario« für die »freie Welt« durch High-tech und ABC-Waffen aufgebaut und schließlich als Rechtfertigung für den Krieg gegen den Irak genutzt, ausgeblendet wurde dabei jedoch, dass bei den Anschlägen vom 11. September 2001 selbst nur Teppichmesser als Waffen zum Einsatz kamen.

Angesichts eines solchen Feindbilddiskurses verschwimmen real existierende Gegensätze und Interessenskonflikte wie die zwischen arm und reich, Arbeit und Kapital. Mögliche Konfliktpotentiale, die mit diesen objektiven Widersprüchen verknüpft sind, können dadurch zumindest zeitweise aufgehoben werden. Bisherige Differenzen innerhalb der Eigengruppe werden angesichts der »gemeinsamen Bedrohung« zurückgestellt und es wird verstärkt Wert auf inneren Zusammenhalt gelegt. Folglich übernimmt die Produktion von Feindbildern eine wichtige Funktion zur Herrschaftssicherung.

Gerade vor dem Hintergrund der globalen kapitalistischen Entwicklungen und der damit einhergehenden Ohnmacht und Existenzangst vieler Menschen, die zu generellen und andauernden Unsicherheitsgefühlen führen, können bestimmte Bedrohungsszenarien noch verstärkt werden. Feindbilder werden durch gesellschaftliche Eliten also instrumentalisierend zur Legitimation genutzt und zum Ausschluss des jeweils Anderen verwendet.

Konsequenzen für die vermeintlichen Feinde

Die Feindbilder wirken nicht nur auf internationaler Ebene, sondern auch innerhalb einer Gesellschaft. Weiter bleiben sie nicht nur auf der diskursiven Ebene angesiedelt, sondern haben häufig reale Konsequenzen für die Betroffenen. Diese sehen sich meist zunächst mit einer Entsolidarisierung konfrontiert, die sich im weiteren Verlauf in einer Ausgrenzung oder dem Ausschluss der Betroffenen aus der Gesellschaft zuspitzen kann. Beispielhaft dafür sind die Ereignisse, die sich 2006 im Berliner Ortsteil Heinersdorf ereigneten, als das Bauvorhaben einer Moschee der Ahmadiyya-Muslimgemeinde bekannt wurde. Aufgebrachte Heinersdorfer



Bürger organisierten Unterschriftenlisten und Demonstrationen gegen den Bau. Eine einberufene Bürgerversammlung zu der 1.200 Bürger kamen eskalierte so sehr, dass die anwesenden Muslime unter »Haut ab«-Rufen und Polizeischutz die Halle verlassen mussten.

Die Konstruktion von Feindbildern hat Konjunktur

Zur Entstehung von Feindbildern trägt also immer eine Gemengelage aus historischen Gegebenheiten, ideologischen Elementen und funktionalen Bedürfnissen einer Gesellschaft bei. Inwiefern solche Feindbilder in einer Gesellschaft wirken und kultiviert werden können, ist jedoch immer von der jeweiligen Gesellschaft und ihren Interessen abhängig. Die gegenwärtig immer abrufbare Vorstellung einer realen Bedrohung und realer Feinde, sowie die damit verbundene Durchsetzung repressiver und autoritärer Maßnahmen sagen viel über den momentanen Zustand der Gesellschaft aus. Dass die von solchen Maßnahmen massiv betroffene breite Öffentlichkeit stillhält oder sie auch wohlwollend unterstützt – dies auch im Verhältnis zu den Bürgerprotesten gegen die Notstandsgesetze vor einigen Jahrzehnten – sollte mehr als beunruhigen.

■ Buchautorenstreik

Seit dem 5. November 2007 sind die Drehbuchautoren in Hollywood im Ausstand, sie verlangen vor allem eine bessere Vergütung für die Weiterverwertung ihrer Arbeiten auf DVDs und im Internet. Ihr Verhandlungsführer David Young warf den Studios vor, die Autoren nicht als Partner zu akzeptieren: »Sie verlangen von uns, auf unsere Zukunft zu verzichten - vor allem in den neuen Medien.«

Der Arbeitskampf hat seit Wochen massive Auswirkungen auf die gesamte US-Unterhaltungsindustrie, auch große Filmprojekte in Europa sind betroffen.

■ Fabrikbesetzung

Serbische Arbeiter haben in Zrenjanin, nördlich von Belgrad in den letzten Monaten erfolgreich Fabriken besetzt, nachdem sie erfahren haben, dass diese bankrott gewirtschaftet wurden. Die Fabriken Shinvoz und BEK wurden nach der staatlich verordneten Privatisierung systematisch verschuldet, um anschließend durch die privaten Investoren ausgeschlachtet zu werden. Die Arbeiter folgten damit der erfolgreichen Besetzung von Jugoremedija, einer vormals privatisierten Medizinfabrik aus der gleichen Stadt, welche nun seit 1. März 2007 unter Arbeiterkontrolle produziert.

»Mit dem Teufel im Bunde«

Die Medienmaschine Italiens hat in den letzten Monaten eine beispiellose rassistische Kampagne gegen Roma initiiert. Kein Tag vergeht, an dem nicht über Fälle von Raub, Vergewaltigung und Mord berichtet wird, in denen Hauptverdächtige Roma, mindestens aber Rumänen oder Menschen mit »osteuropäischem Akzent« sind. Auf öffentliche Kritik stößt diese tendenziöse Berichterstattung kaum. Doch nicht nur in Italien auch in Deutschland ist der Hass auf Sinti und Roma stark ausgeprägt

In Italien kam es in Folge der Medienhetze zu Übergriffen auf die Stigmatisierten, mehrfach wurden ihre Camps sogar mit Brandsätzen angegriffen. Auch Staatsgewalt ist inzwischen dazu übergegangen ganze Camps zu räumen, wenn auch nur einer der Bewohner einer schwereren Straftat überführt wurde. Das Parlament hat ein Gesetz verabschiedet, welches besagt, dass auch EU-Ausländer, die Straftaten begehen oder im Verdacht stehen Straftaten zu begehen, in ihre Herkunftsländer abgeschoben werden können. Dort droht ihnen allerdings ebenfalls Verfolgung.

Nirgendwo sicher

Antiziganismus benennt die Feindschaft gegenüber Sinti und Roma, welche meist im abwertenden Sinne als »Zigeuner« bezeichnet werden. In Deutschland wie auch sonst in Europa haben antiziganistische Einstellungen eine lange Tradition.

Den letzten Umfragen entsprechend sind zwischen 64 (Allensbach) und 68 Prozent (Emnid) der Deutschen antiziganistisch eingestellt. In einer Umfrage, die im Oktober 2006 vom deutschen Zentralrat der Sinti und Roma veröffentlicht wurde, geht hervor, dass 76 Prozent der Befragten Sinti und Roma sich in Deutschland diskriminiert fühlen.

Immer der Sündenbock

Vor über 500 Jahren wanderten Sinti aus Indien nach Europa ein. In den deutschsprachigen Gebie-



Mahnmal für die im Deutschen Faschismus ermordeten Sinti und Roma in München

ten erklärte 1498 der Reichstag von Freiburg die »Zigeuner« für vogelfrei. Aufgrund der teilweise etwas dunkleren Hautfarbe stand für die Menschen dieser Zeit fest, die »Zigeuner« sind mit dem Teufel im Bunde. Seitdem mussten Sinti für die absurdesten Vorwürfe, wie sie hätten die Nägel für Jesus Kreuz geschmiedet oder sie würden kleine Kinder fressen, erhalten und oft um Leib und Leben fürchten.

Durch die Aufklärung rückte der Gedanke von Assimilierung stärker in den Vordergrund. Doch Konsens blieb: Die »Zigeuner« sind fremd und anders und trotz christlichen Glaubens, müssen sie erst zu vollwertigen Menschen erzogen werden.

Im 19. Jahrhundert entwickelte sich ein besonders rassistisch geprägter Antiziganismus, welcher Sinti und Roma als fremde und minderwertige Rasse definierte. Während des deutschen Faschismus wurden sie konsequent verfolgt und in Konzentrationslagern vernichtet. Neben den Juden zählten Sinti und Roma zu der am stärksten aus ras-

sistischer Motivation verfolgten Gruppe.

Niemals entschädigt

In der Bundesrepublik wurde dies lange Zeit nicht anerkannt. Vielmehr wurde von einer Verfolgung wegen Kriminalität gesprochen. Erst 1982 wurde den Sinti und Roma von der deutschen Regierung zugestanden, dass sie aus rassistischen Gründen verfolgt wurden. Der überwiegenden Mehrheit der Holocaust Opfer und deren Angehörigen blieben Entschädigungszahlungen jedoch trotzdem verwehrt.

Neben institutionellem Rassismus seitens Behörden und Gesetzen sind Sinti und Roma im wiedervereinten Deutschland hauptsächlich Vorurteilen und Ablehnung der Mehrheitsgesellschaft ausgesetzt. Diese entluden sich etwa 1992 in Rostock bei den Pogromen in Lichtenhagen. Dass auch heute antiziganistischen Einstellungen in Europa weit verbreitet sind, zeigen die oben erwähnten Umfragen und die Pogrome in Italien leider mehr als deutlich.

»Unseriöse Ermittlungen des Staatsschutzes sind nichts Neues«

Nachdem er von zwei Neonazis eines Überfalls bezichtigt wurde, saß Matthias Z. mehr als 100 Tage in Untersuchungshaft. Beweise für seine Tatbeteiligung gab es nicht. Allein die Aussagen der beiden polizeilich als gewalttätig bekannten »Anti-Antifa«-Aktivisten reichten LKA und Staatsanwaltschaft für seine Inhaftierung. Im Dezember fand der Polizei- und Justizskandal sein vorläufiges Ende. Er wurde frei gesprochen. Der *Antiberliner* sprach mit dem Antifaschisten, der von seinen Freunden Matti genannt wird

Es wurde Dir vorgeworfen zwei Neonazis verprügelt zu haben. Warum haben die beiden Geschädigten gerade dich beschuldigt?

Die Beiden kannten mich von Gerichtsprozessen, die ich im Rahmen meiner Tätigkeit bei dem Berliner Projekt Reach Out beobachtet habe. Aber auch von Demonstrationen der rechten Szene, die ich am Rande begleitet habe. Auf diesen haben sie auch die Fotos von mir gemacht, die sie dann später beim Berliner Staatsschutz vorgelegt haben.

Zudem war ich Zeuge eines Überfalls auf Antifas und musste vor Gericht gegen einen von beiden aussagen.

Wie sah deine Zeit im Gefängnis aus und was für Konsequenzen zieht dieser Aufenthalt nach sich?

Die ersten Tage sind eine extreme psychische und physische Belastung. Denn in der Untersuchungshaft der JVA Moabit verbringt man 23 Stunden des Tages alleine in einer ca. sechs Quadratmeter großen Zelle. Eine Stunde Hofgang steht den Gefangenen zu. Wenn dieser jedoch, wie in meinem Fall, morgens um sieben Uhr im Winter ist, hat man nicht viel Spaß daran.

Besuch durfte ich alle zwei Wochen für eine halbe Stunde bekommen. Das Ganze fand dann in Anwesenheit eines Justizbeamten statt, der das komplette Gespräch überwacht und teilweise auch mitgeschrieben

hat. Mit der Zeit ging es besser. Ich hatte bald einen geregelten Tagesablauf, der aus Sport, Lesen, Schreiben und Fernsehen bestand.

Alle Konsequenzen im Einzelnen aufzuzählen, würde den Rahmen sprengen. Aber ich konnte beispielsweise nicht, wie geplant, mit meinem Abitur auf dem zweiten Bildungsweg beginnen.

Welche Rolle hat das Berliner LKA bei deiner Inhaftierung gespielt?

Eine ganz Entscheidende. Die Anklage basierte ausschließlich auf den Aussagen der Neonazis. Es lag also im Ermessen der Beamten diese Aussagen als glaubwürdig einzustufen oder eben nicht. Zudem war es nicht das erste Mal, dass diese Neonazis versucht haben, ihnen bekannte Antifaschisten zu verleumden. Bis dato hielten die Staatsschützer sie jedoch für unglaubwürdig, denn selbst vor Gericht hatte einer schon falsch ausgesagt. Als sie mich denunziert haben waren sie es plötzlich nicht mehr.

Diese Willkür ist aber nichts neues. Insbesondere der Staatsschutz beim Berliner LKA ist dafür bekannt, dass er immer wieder unseriöse Ermittlungen gegen Antifaschisten führt. Die

jahrelang in der Szene ermittelnden Beamten entwickeln mit der Zeit offenbar persönliche Feindschaften gegen einzelne Aktivisten und überschütten sie dann mit Repression.

Hatte die Soliarbeit der Kampagne »Freiheit für Matti« deiner Meinung nach Einfluss auf den Verlauf des Prozesses?

Die Soliarbeit lief vom ersten Tag an hervorragend. Ich denke durch die großangelegte Kampagne konnten viele Menschen auf den Fall aufmerksam gemacht werden. Außerdem gab es ein recht großes und zumeist positives Medienecho. Auf diesem Weg möchte ich mich auch noch einmal bei allen Leuten bedanken, die Geld gespendet und sich an Soliaktionen beteiligt haben.

Hat diese Erfahrung Einfluss auf dein politisches Engagement?

Ich werde mich natürlich auch in Zukunft nicht davon abhalten lassen, mich politisch zu engagieren. Mein Fall zeigt, wie schnell linke Aktivisten Opfer staatlicher Repression werden können. Davon sollte sich jedoch niemand einschüchtern lassen. Das ist es schließlich, was sie wollen.

◆ Eine ausführliche Dokumentation zu dem Fall: www.freiheitfuermatti.com



Logo der Soli-kampagne für Matti

■ NPD unter der Lupe

Mit einer inhaltlichen Auseinandersetzung der Ideologie der NPD meldet sich die Initiative »Nazis in den Parlamenten Berlin« zu Wort. Ziel der 40seitigen Broschüre ist es, der Auseinandersetzung mit der NPD das theoretische Knowhow zu liefern.

Die Broschüre gibt es unter: nip-berlin.de oder in Infoläden.

■ Nazikleider stinken

Der Rostocker Naziladen »East Coast Corner« hat erstmal ungeplant Betriebsferien. Am 15. Januar dieses Jahres wurden bei einer Aktion Teile der Ware unbrauchbar gemacht. Mehrere Personen waren im Szenebezirk Kröpeliner-Tor-Vorstadt in das Geschäft eingedrungen, hatten Textilien besprüht und eine stinkende Flüssigkeit verschüttet.

■ Ramme gegen Antifas

Am frühen Morgen des 17. Januar 2008 drang die Polizei in zwei Wohnungen von Berliner Antifas ein und zerstörte dabei die Einrichtung. Ermittelt wird lediglich wegen des Verstoßes gegen das Kunsturhebergesetzes. Darauf abgebildet sind gewalttätige Neonazis. Unmittelbar nach der Razzia fanden sich die Namen der beschuldigten Antifaschisten auf eine Neonaziseite wieder.

Køpi-Dates

Die Køpi, wohl das bekannteste exbesetzte Haus Berlins, steht in der Köpenicker Str. 137 – eine Institution in Sachen subkulturellen Lebens in Berlin ist schon seit geraumer Zeit bedroht. Für den 31. Mai 2008 ist die Kündigung ausgesprochen, bis dahin gibt es aber noch jede Menge zu feiern.

■ **Hausfest & Geburtstag**
23.02.: Die Køpi wird volljährig. Alles steht offen und lädt zum tanzen, pogen und trinken ein.

■ **Solihofffest**
19.04.: Fröhliches subkulturelles Stelldichein im Hof der Køpi.

■ **Aktionstage**
28.05. – 01.06.: Für den 31.05. liegt die Kündigung auf dem Tisch, darum soll es viele Aktionen geben.

■ **Straßenfest**
31.05.: Der letzte Tag vor der Vergangenheit, denn ab 01.06. gilt wieder der Besetzungstatus.

■ **Bike Wars**
01.06.: Mit aufgemotzten Fahrrädern, immer lustig für Zusehende, manchmal schmerzhaft für Teilnehmende.

◆ Mehr zur Køpi unter: myspace.com/koepi137 oder koepi137.net

Das Ende des Internets im Jahre 2010?



Zweiklassengesellschaft, Datenautobahn

Auf der Datenautobahn könne es sich bald stauen, wenn das Netz nicht ausgebaut werde, schreibt Spiegel Online (21.11.2007). Zu diesem Ergebnis komme eine aktuelle US-Marktforschungsstudie, die referiert wird, ohne sich damit kritisch zu beschäftigen

Düstere Prognosen prophezeien den Stillstand. Allein in den USA müssten durch die Kabel/Breitbandanbieter bis 2010 angeblich 55 Mrd USD investiert werden, um dem stetig steigenden Trafficbedarf gerecht zu werden. Und wer sei dran schuld? Jene, die die geschwürartigen P2P-Systeme nutzen. Und die Videos und Musik-Downloads und überhaupt. Allein ein Anbieter wie YouTube generiere monatlich 27 Millionen Gigabyte an Datenverkehr.

So formulieren es die Marktforscher von Nemertes. Dabei sollte sich die Diskussion eigentlich um ein ganz anderes Thema drehen: Netzneutralität.

Netzneutralität bedeutet, dass die Provider alle Daten in gleicher Weise übermitteln – ohne zu unterscheiden woher sie kommen, welchen Inhalts sie sind oder an wen sie gehen. Sie ermöglicht, dass die Daten jedes kleinen Blogs gleichberechtigt mit jenen Informationen transportiert werden, die von den Servern großer Konzerne kommen. Sie ist daher eine der wichtigsten Grundlagen für ein unabhängiges Internet.

Maut für Breitbandkabel

Doch gerade dieses Prinzip wird nun in Frage gestellt. Große US-Telekomkonzerne erklärten, den Erfolg von YouTube und Google vor Augen, dass diese »eigentlich für die genutzten Leitungen bezahlen sollten« und entfachten

damit eine Debatte um eine mögliche Kontrolle der Netz-Inhalte. Denn, rein technisch gesehen, könnten die Provider jene Seiten, die einen »Wegzoll« verweigern, einfach blockieren bzw. deren Geschwindigkeit drosseln.

Das Ergebnis wäre die Einführung einer Zweiklassengesellschaft. Denn wer zahlen kann, bekommt für die Verbreitung seiner Inhalte im Netz die Autobahn und wer nicht zahlt die verstopfte Nebenstraße.

Blickt man aber auf die Bilanzen der Telekomkonzerne, die von ihren Kunden eine Gebühr für den Zugang zum Datahighway kassieren, decken diese Einnahmen die Investitionen für Infrastruktur bzw. die Umrüstung mehr als ab. Doch den Erfolg der Serviceanbieter vor Augen, werden neue Geschäftsmodelle überlegt, um an deren Gewinn mitzunaschen.

Bewusste Panikmache

Der Wahrheitsgehalt solcher Studien ist folglich als gering einzuschätzen. Die Motivation für die Panikmache wird jedoch klar, hält man sich vor Augen, dass die Internet Innovation Alliance (IIA), die die Studie mitfinanzierte, seit jeher strategische Lobbyarbeit und Beratung für internationale Telekommunikations- und Technologieunternehmen macht, und ein weiterer Finanzier mit AT&T der größte Provider der USA ist.

Erna sinniert: Hurra. Und die Welt ist doch nicht am Ende



Überschwemmungen, Dürren, vertrocknete Erdbeeren: Die Klimakatastrophe ist längst in unser aller Küchen angekommen. Der Müllberg hinter der »Spüle« wächst, der Kühlschrank ist komplett abgetaut und nicht wiederzuerkennen. Es ist fünf nach zwölf, und der Kuckuck hängt leblos von der verrotteten Küchenuhr herunter. Höchste Zeit zu handeln. Die Bundesregierung hat das erkannt und einen Klimakatalog erarbeitet, der es uns vielleicht noch ermöglicht, die letzte Eisenbahn zu erwischen. Prioritäten werden nun gesetzt. Die Rettung der Erde sollte mehr wert sein als überholte weltpolitische Vorstellungen. Womöglich kann die Welt am deutschen Klimamodell noch genesen. Sollte die Chance ergriffen und notfalls militärisch durchgesetzt werden. Könnte die Nachwelt tausendfach danken.